Friedensregion Bodensee e.V.

Newsletter Nr. 9

September 2020

Weiterleitung sehr erwünscht!

Inhaltsverzeichnis

In eigener Sache: Zum Newsletter Nr. 9 1

Aktuelles: Antikriegstag am 01.09.20 in Friedrichshafen (Begrüßung) 2

Redebeitrag von Dr. Theodor Ziegler 3

Stellungnahme von Attac 6

Aktuelles: Diskussion zur Nuklearen Teilhabe 6

Aus dem Verein: Beteiligung an einer Plakat-aktion und Wanderung 8

Aus dem Verein: Sicherheit neu denken - „Resiliente Demokratie“ 10

Buchbesprechung 11

Links 12

Termine/Veranstaltungen 13

In eigener Sache: Wir distanzieren uns 15

Impressum 15

In eigener Sache: Newsletter Nr. 9

Liebe Leserinnen und Leser!

Dieser Newsletter steht ganz im Zeichen des 1. September - des Anti-Kriegstages, wenn in Deutschland verschiedene Politiker, Gruppierungen und Aktive an den Einmarsch der Wehrmacht in Polen vor 81 Jahren erinnern. „Nie wieder Krieg“ scheint dennoch in Vergessenheit zu geraten, wenn man sich näher mit dem Konzept der „Nuklearen Teilhabe“ beschäftigt, das in dieser Ausgabe nochmals erläutert wird.

Als überaus zukunftsfähig ist das Konzept „Sicherheit neu denken“ zu bezeichnen, dem wir in der Friedensregion eine hohe Bedeutung beimessen. In diesem Newsletter erfahren Sie Wichtiges über die Säule „Resiliente Demokratie“. Zudem gibt’s noch Fotos von der Plakataktion und der Wanderung des Arbeitskreises auf dem Lindauer Friedensweg.

Wir wollen uns weiter dafür einsetzen, dass sich das aktuelle Narrativ schnellstmöglich ändert und das ungesunde Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik sichtbar wird.

Es grüßt Sie herzlich,

Ihre Friedensreferentin Martina Knappert-Hiese

Kriege sind längst nicht mehr zeitgemäß! Denken wir doch immer wieder an folgendes Zitat von Mahatma Gandhi zurück:

Was man mit Gewalt gewinnt, kann man nur mit Gewalt behalten

Aktuelles: Antikriegstag 2020 – am 1.9. in Friedrichshafen

Begrüßung von Werner Langenbacher
(Betriebsseelsorger in Ravensburg)

Ach, in was für einer schönen Landschaft leben wir: Wasser, Berge, mildes Klima. Deswegen nennen wir unsere Region auch eine Kultur-Landschaft. Doch bei aller Idylle: Die Welt ist in Aufruhr. In Syrien, im Irak, Afghanistan, im Südsudan und zahlreichen anderen Ländern unseres Planeten toben gewaltsame Konflikte oder Kriege. Ganze Regionen versinken in gewaltsamen Auseinandersetzungen, die täglich tausende von Menschenleben fordern, Menschen ihrer Lebensgrundlagen berauben und Flucht und Vertreibung zur Folge haben.

Ein Skandal, der zum Himmel schreit.

In diesen gewaltsamen Auseinandersetzungen werden selbst elementarste Menschenrechte missachtet bzw. bewusst gebrochen. Die internationale Staatengemeinschaft und ihre Institutionen wie die Vereinten Nationen agieren hilflos, zerrieben und viel zu oft blockiert von individuellen Machtinteressen regionaler und weltweiter Mächte.

Es herrscht eine Kultur des Todes. Einer der Gründe für die Zunahme kriegerischer Konflikte ist im weltweiten Export von Waffen und Kriegs- bzw. Rüstungstechnik in viele Krisenregionen unserer Erde zu suchen. Deutsche Rüstungs-Unternehmen gehören zu den weltweit größten Exporteuren von Kriegswaffen und sonstiger Rüstungsgüter. Damit tragen diese Unternehmen und unser Land eine wesentliche Schuld am Elend und Tod zahlloser Menschen.

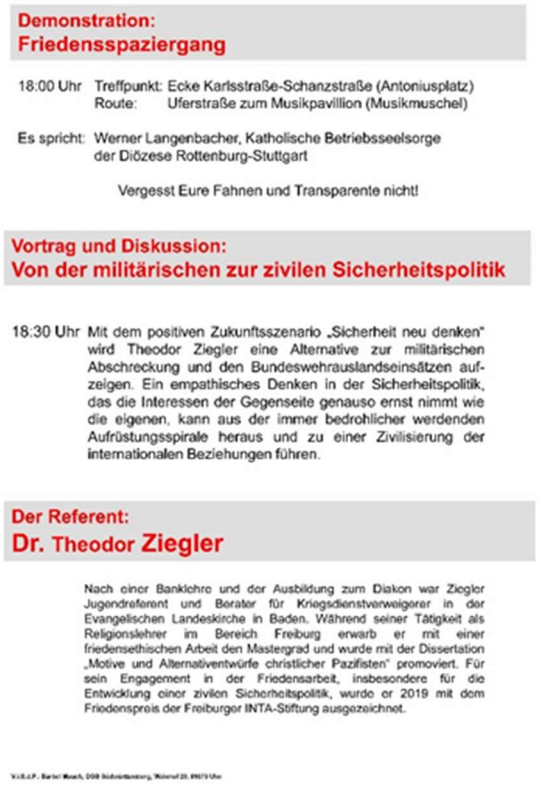
Bis heute ist der Tod ein „Meister aus Deutschland“. Beispiele aus unserer Region aus dem Rüstungsatlas: https://www.aufschrei-waffenhandel.de/neues/buecherbroschueren/ruestungsatlas-bodensee/ Außerdem gibt es eine Liste der Rüstungsfirmen und Zulieferbetriebe auf unserer Homepage https://www.friedensregion-bodensee.de/r%C3%BCstungsbetriebe-am-bodensee/ sowie der von kWvB: https://www.keinewaffenvombodensee.de/

Statt einer Kultur des Todes brauchen wir eine Kultur des Friedens. Wir glauben nicht an eine Lösung weltweiter Konflikte und Kriege durch ein neues militärisches Wettrüsten und den Einsatz von Waffen und Kriegstechnik. Wir setzen uns ein für eine Kultur des Friedens, in der Waffen zu Pflugscharen geschmiedet werden und Menschen dort, wo sie leben, Zukunft haben (vgl. Micha 4,1-4).

Ich schließe mich unseren Kolleg*innen der IG Metall Stuttgart an, die in ihrer Resolution auf der Delegiertenkonferenz am 20. September 2014 eine schrittweise Konversion der

Rüstungsindustrie fordern. Statt hohe Investitionen in immer teurere Rüstungs-technologien zu stecken, müssen diese Mittel sinnvollen, gemeinwohl-orientierten Zwecken zugeführt werden (Bildung, Gesundheit, Entwicklung, Infrastruktur u.a.). Das ist nötig und möglich. Mögliche Arbeitsplatzverluste kann der Arbeitsmarkt gut auffangen bzw. kann durch die staatliche Unterstützung von Konversionsprojekten abgefedert werden.

Ich verstehe die Ängste und Sorgen der Kolleg*innen in den Betrieben um ihren Arbeitsplatz. Deshalb soll eine notwendige Konversions-debatte in den Betrieben mit den Kolleg*innen im Vertrauen darauf hinführen, dass unter den Beschäftigten viel „Kompetenz der Betroffenen“ anzutreffen ist, wie diese Konversion gelingen kann. Nicht wegnehmen, sondern umgestalten – der Strukturwandel in der Industrie kann auch dazu dienen. Mein Wunschwäre eine Bodenseeregion = eine Landschaft der Erholung, auch eine Region des Friedens.



Demonstration:
Friedensspaziergang

18:00 Uhr Treffpunkt: Ecke Karlsstraße-Schanzstraße (Antoniusplatz)
Route: Uferstraße zum Musikpavillion (Musikmuschel)

Es spricht: Werner Langenbacher, Katholische Betriebsseelsorge der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Vergesst Eure Fahnen und Transparente nicht!

Vortrag und Diskussion:
Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik

18:30 Uhr Mit dem positiven Zukunftsszenario „Sicherheit neu denken“ wird Theodor Ziegler eine Alternative zur militärischen Abschreckung und den Bundeswehrauslandseinsätzen aufzeigen. Ein empathisches Denken in der Sicherheitspolitik, das die Interessen der Gegenseite genauso ernst nimmt wie die eigenen, kann aus der immer bedrohlicher werdenden Aufrüstungsspirale heraus und zu einer Zivilisierung der internationalen Beziehungen führen.

Der Referent:
Dr. Theodor Ziegler

Nach einer Banklehre und der Ausbildung zum Diakon war Ziegler Jugendreferent und Berater für Kriegsdienstverweigerer in der Evangelischen Landeskirche in Baden. Während seiner Tätigkeit als Religionslehrer im Bereich Freiburg erwarb er mit einer friedensethischen Arbeit den Mastergrad und wurde mit der Dissertation „Motive und Alternativentwürfe christlicher Pazifisten“ promoviert. Für sein Engagement in der Friedensarbeit, insbesondere für die Entwicklung einer zivilen Sicherheitspolitik, wurde er 2019 mit dem Friedenspreis der Freiburger INTA-Stiftung ausgezeichnet.

Rede von Theo Ziegler (Friedens- und Religionspädagoge)

All diese Überlegungen waren vor knapp zehn Jahren der Anlass für unseren kleinen Arbeitskreis Frieden im Evang. Kirchenbezirk Breisgau-Hochschwarzwald, einen Antrag an die badische Landessynode zu stellen. Während in der frühen Christenheit militärische Gewalt nicht in Frage kam, änderte sich dies mit der Konstantinischen Wende ab 312: Die Christen wurde erst nicht mehr verfolgt und dann zur römischen Staatsreligion, die die Militär-seelsorger stellte. Seit dieser Zeit und bei der Evangelischen Kirche seit ihrer Entstehung vor 503 Jahren, trugen die großen sämtliche Kriege ihrer Herrscher mit. Die Christen, die dies ablehnten und sich in sogenannten Friedens-kirchen organisierten, wurden verfolgt und oft grausam umgebracht. Viele von ihnen flüchteten dann nach Amerika. Heute sind die großen Kirchen natürlich gegen den Krieg, meinen jedoch, dass als letztes Mittel zur Friedenssicherung militärische Gewalt nicht auszuschließen sei.

Wir forderten eine Neuorientierung der evangelischen Friedensethik am Vorbild Jesu und im Geiste der alttestamentlichen Propheten, die von der Umwandlung der Schwerter in Pflugscharen sprachen. Wir regten deshalb an, auf das Militär als ultima ratio zu verzichten und schlugen den Ausbau gewaltfreier Konfliktbearbeitung vor, den Ausbau eines fairen und ökologisch nachhaltigen Welthandels sowie den Aufbau einer internationalen Polizei auf Ebene der Weltregionen und der UNO.

Diese Eingabe wurde zu unserer freudigen Überraschung von der Landessynode aufge-griffen und zur Grundlage einer breiten Diskussion in allen badischen Kirchenbezirken gemacht. Aufgrund deren Ergebnisse beschloss die Landessynode zwei Jahre später, im Oktober 2013, sich auf den Weg zur Kirche des gerechten Friedens begeben zu wollen. Eine von zwölf Konkretionen dieses Beschlusses war der Auftrag, gleich dem Ausstieg aus der atomaren Energiegewinnung ein Szenario für den Ausstieg

aus der militärischen Friedenssicherung zu entwerfen. Das gab es bisher noch nicht. Zwar wird in vielen Reden der Friede beschworen und an Gedenktagen beteuert man, dass es nie wieder Krieg geben dürfe. Doch einen konkreten politischen Weg von heute an zu diesem Ziel aufzuzeigen, hat bislang noch niemand gemacht. Es wird geforscht für neue Waffen, für neue militärische Strategien, – aber für eine Friedenssicherung ohne Militär nicht.

Die grundsätzliche also radikale Kritik am Militär war schon immer und ist leider auch heute unvermindert ein Tabu. Kriegsdienstverweigerer kamen im Osten wie im Westen in die Gefängnisse oder wurden hingerichtet. In Deutschland war man dann nach dem zweiten Weltkrieg etwas nachsichtiger und tolerierte diese Entscheidung als eine persönliche. Doch, wer so etwas für einen Staat fordert, gilt als nicht politikfähig. Wer sich auf Jesus, Paulus, Albert Schweitzer, Dietrich Bonhoeffer, Martin Luther King usw. beruft gilt als blauäugig. Dabei zeigt beispielsweise die Umweltbewegung, dass grundlegende Veränderungen in der Politik möglich sind, wenn man sich nicht damit begnügt, Atomkraft nein danke zu sagen und vor Atomkraftwerken Protestaktionen durchzuführen. Die Menschen am Kaiserstuhl, die sich in den 1970er Jahren gegen das AKW Wyhl engagierten, blieben nicht beim Nein, sondern sie zeigten auf, wie Energie anders erzeugt und gesichert werden kann: Durch regenerative Quellen wie Sonne und Wind und vor allem durch bessere Regelung und Einsparung. Mit Materialien aus dem Baumarkt wurden in eigener Regie Sonnenkollektoren und Windräder gebaut. Aus diesem idealistischen Anfang ist dann eine ganze Industrie geworden und heute werden in Deutschland bereits 42 Prozent des Stroms regenerativ gewonnen.

Diese Entwicklung wurde möglich, weil der Widerstand *gegen* atomare und fossile Energiegewinnung mit dem Engagement *für* regenerative Alternativen verbunden worden ist.

Übertragen auf die Sicherheitspolitik heißt dies: So wichtig es ist, auf die Problematik des Militärs, der Rüstungsexporte, auf neue Waffentechniken oder auf die kontraproduktiven Auslandseinsätze hinzuweisen, so wichtig ist es gleichzeitig, für eine Alternative einzutreten, aufzuzeigen wie eine menschenrechtskonforme Außen- und Sicherheitspolitik aussehen kann und vor allem, auf welchem Weg, mit welchen konkreten Schritten von heute an auf dieses Ziel hin gegangen werden kann.

Eine von der badischen Kirchenleitung beauftragte Projektgruppe, in der auch katholische Christen mitwirkten, machte sich 2015 an die Arbeit. Mit Hilfe der Szenariotechnik wurden trichterförmig drei mögliche Entwicklungslinien beschrieben:

1. Das Trendszenario, wenn man so weiter macht, wie bisher. Es hat jedoch vermehrt den Trend zum Negativszenario.

2. Das Negativszenario, die Linie nach unten, zeigt auf, wie es im schlimmsten Fall werden könnte, eine Eskalation militärischer Gewalt bis hin zum Atomkrieg.

3. Die dritte, nach oben führende Linie, stellt das Positivszenario dar, wenn man nach bestem Wissen und Gewissen auf das Gründungsziel der Vereinten Nationen hinarbeitet: Nämlich künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren. In vielen Verlautbarungen der Vereinten Nationen wurde deshalb eine allgemeine und vollständige Abrüstung gefordert. Diesem Positivszenario widmeten wir den größten Teil unserer Ausführungen.

Wir berieten dann unsere Szenarien ganz ausführlich mit Expert*inen aus Friedensforschung, Friedensbewegung, Militär und Politik. Diese empfahlen uns zum Beispiel, das ursprünglich anvisierte Zieljahr 2030, das wir mit dem Zieljahr der 17 Sozialen Entwicklungsziele (SDGs) der Vereinten Nationen verbunden haben, realistischer Weise um zehn Jahre auf 2040 zu verlegen. Das dann entsprechend überarbeitete Szenario wurde im April 2018 als Buch der Fachöffentlichkeit vorgestellt. Der Titel lautet: „Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik. Ein Szenario bis zum Jahr 2040." Wir haben ganz bewusst den Begriff „Sicherheit" und nicht „Frieden" gewählt. Denn neben der militärischen Sicherheit, die wir kritisieren, gibt es auch eine menschliche Sicherheit, und diese halten wir für sehr wichtig: Ein Dach über dem Kopf zu haben, Essen und Trinken, Bildung, Arbeit und soziale Absicherung. Jeder Mensch braucht dies, um ohne Sorge, um sicher leben zu können. Aber diese Sicherheit kann nur in einem fairen Umgang miteinander entstehen und nicht, wenn sich Staaten und Militärbündnis gegenseitig bedrohen. Mit „Sicherheit neu denken" geht es uns darum, den Begriff „Sicherheit" aus der militärischen Vereinnahmung und Engführung zu lösen und ihn mit lebensdienlichen Inhalten zu füllen. In der Friedensforschung wird der militärischen Sicherheitslogik der Begriff der Friedenslogik gegenübergestellt. Friedenslogik bedeutet, vom Friedensziel her zu denken. Wie müsste Politik heute handeln, wenn sie dem Ziel des Friedens näherkommen will? Darf sie dann weiterhin die Problemursachen nur bei den Anderen sehen und diese mit Sanktionen belegen oder muss sich dann nicht auch selbstkritisch nach den eigenen Anteilen an der Konfliktentstehung fragen? Gerade im derzeitigen Konflikt des Westens mit Russland wäre ein solches friedenslogisches Denken ein Weg, von der zunehmenden Konfrontation zu einem Dialog mit dem Ziel einer Sicherheitspartnerschaft zu kommen. Übrigens bedeutet das Wort Frieden von seiner Herkunft her ziemlich genau dasselbe wie Sicherheit. Das mittelhochdeutsche „fridu" meint einen geschützten Bereich. Wir sprechen ja heute noch vom Einfrieden, wenn wir einen Garten einzäunen, so dass man darin ohne Sorge sein Gemüse wachsen lassen oder seine Tiere frei laufen lassen sein kann.

Die Friedensforschung unterscheidet zwischen dem negativen Friedensbegriff, der Frieden als Abwesenheit von Krieg versteht. Das wäre in vielen Konfliktregionen schon ein großer Erfolg, wenn Kriege beendet werden können. Aber die Abwesenheit von Krieg garantiert noch lange keine menschliche Sicherheit.

Deshalb haben wir uns am positiven Friedensbegriff orientiert: Frieden ist ein Prozess hin zu optimalen Lebensbedingungen und gleichzeitig die Verringerung von lebensbedrohenden Faktoren. Friedensarbeit muss deshalb breit angelegt werden:

Wir gehen wir davon aus, dass Frieden, Gerechtigkeit und Umweltschutz eine untrennbare Einheit bilden. Einen Raubtierkapitalismus, einen umweltzerstörenden Lebensstil kann man nicht gewaltfrei verteidigen. Eine soziale Marktwirtschaft oder gar eine solidarische Gemeinwohlökonomie schon. Deshalb muss Friedensarbeit alle bedrohlichen Bereiche in den Blick nehmen. Wir benennen wir fünf Pfeiler oder Arbeitsfelder, auf denen eine zivile Sicherheitspolitik aufgebaut werden kann. *[Diese 5 Pfeiler des Konzepts „Sicherheit neu denken" werden im Newsletter bereits vorgestellt. In dieser September-Ausgabe findet sich der Beitrag zur „Resilienten Demokratie".]* Schließen möchte ich mit einem Zitat des Philosophen Richard David Precht: „Wer etwas verändern will, setzt sich

Ziele, wer nichts verändern will, sucht Gründe.“ Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Bestellmöglichkeit des Szenario-Buches (9,95 € inkl. Porto): Elisabeth.Russy@ekiba.de oder folgende kostenlose Downloadmöglichkeit https://www.ekiba.de/html/content/download_bestellen_bersetzungen.html Bestellen Sie auch den ca. vierteljährlich erscheinenden News-letter bei: Ralf.Becker@ekiba.de

Die Friedensregion veranstaltet am 24./25.11. in Überlingen und am 25.11. im Rahmen der Oberschwäbischen Friedenswochen Vorträge mit Ralph Becker, dem Koordinator der Kampagne Sicherheit neu denken.

Stellungnahme von attac

Abschließend sei noch auf den lesenswerten Beitrag von attac zum 1. September hingewiesen. Die Arbeitsgemeinschaft „Globalisierung und Krieg“ sowie die „Projektgruppe Europa“ haben zum 01.09. einen Text verfasst, der die sicherheitspolitische Brisanz unserer heutigen Lebenszeit sehr gut und nachvollziehbar erläutert. Er wurde auch auf der Webseite des Lebenshauses Schwäbische Alb veröffentlicht: https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/013175.html

Aktuelles: Die Diskussion über die nukleare Teilhabe (Beitrag von Bene Liehl, engagiert im monatlichen Arbeitskreis)

Zur Recht wird immer wieder erläutert, wie widersinnig, unverantwortlich, völkerrechtlich und ethisch nicht zu rechtfertigen insbesondere die atomare Rüstung ist. Dass Atomwaffen aber allgemein als Symbole der Macht und als Garanten des nationalen Überlebens betrachtet werden, steht dazu in einem schwer aufzulösenden Widerspruch. Nach den Gründen zu fragen, die das Festhalten auch der Bundesregierung an den Nuklearwaffen bzw. an der nuklearen Teilhabe erklären, scheint daher nicht überflüssig zu sein. Die nukleare Teilhabe ist ein Konzept innerhalb der Abschreckungspolitik der Nato; es sieht vor, dass die Nato-Mitgliedstaaten im Kriegsfall Zugriff auf amerikanische, taktische Atomwaffen haben und diese dann mit eigenen Flugzeugen ins Ziel bringen können. Außerdem haben die beteiligten Staaten ein Mitspracherecht bei der Gestaltung der atomaren Abschreckungspolitik der Nato. Dahinter steht die Absicht die amerikanische Abschreckung an die europäische zu binden.

In einem Spiegel-Artikel vom 8. Mai dieses Jahres befassen sich Claudia Major und Christian Mölling mit der Frage ob und wie ein Ausstieg dieser Teilhabe erfolgen könnte: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/atomwaffen-ausstieg-geht-anders-gastbeitrag-von-claudia-major-und-christian-moelling-a-f82c266e-d658-4925-8190-cecc3b7ec005 Der Artikel zeigt, wie auf der Ebene politischer Entscheidungen gedacht und argumentiert wird. Beide Autoren arbeiten in namhaften Forschungseinrichtungen für außen- und sicherheitspolitischen Themen und beraten die Regieung. Hier eine Zusammenfassung des Artikels.

Zunächst diskutieren sie den Vorschlag, dass „Deutschland keine nuklearfähigen Flieger kauft, [wodurch] die nukleare Teilhabe technisch undurchführbar wird und die Waffen aus Deutschland verschwinden.“ Von diesem Vorschlag halten die Autoren nichts. Sie finden: „Ein deutscher Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe würde die Welt kaum sicherer machen.“ Denn:

1. „Deutschland riskiert mit einem solchen Alleingang seine Partner vor den Kopf zu stoßen und die Mitsprache zu verlieren.“ Insbesondere die Mittel- und Osteuropäer wären brüskiert, die deutsche Frage dürfte erneut gestellt werden.

2. „Auch ohne deutsche Beteiligung blieben Atombomben in Europa. Sie würden wohl lediglich den Besitzer wechseln: Staaten an der Nato-Ostflanke, Polen, vielleicht auch Balten

könnten die Aufgabe der nuklearen Teilhabe übernehmen."

3. „Der in Deutschland hoch geschätzten und notwendigen Rüstungskontrolle wäre kein guter Dienst erwiesen – die militärische Effektivität des westlichen nuklearen Kontingents reduzierte sich, ohne dass Russland dafür etwas von seinem bedrohlichen Nukleararsenal abgeben müsste. Gleichzeitig stiege durch die Rochaden und eine neue Aufrüstungswelle die Unsicherheit auf allen Seiten."

Dies sind einige der aufgeführten Argumente. Kurz zusammengefasst: Eine einseitige Änderung des Status quo würde das Bündnis schwächen, Deutschlands Einfluss verringern, Russland stärken und die Lage in keiner Hinsicht verbessern. In einem zweiten Teil des Artikels gehen die Autorinnen der Frage nach, wie ein Ausstieg funktionieren könnte. Auf der Basis von Absprachen mit den Partnern und eigenen Anstrengungen, z.B. bei der konventionellen Rüstung, sehen die Verfasser folgende Möglichkeiten:

* „Deutschland steigt aus der nuklearen Teilhabe aus und hofft, dass die USA und die anderen Staaten die Aufgabe auch ohne, aber immer noch auch für Deutschland fortsetzen.

* Deutschland treibt zusammen mit Frankreich und Großbritannien den Aufbau eines europäischen Ansatzes voran.

* Deutschland entwickelt einen überzeugenden Sicherheitsansatz, der ohne nukleare Abschreckung auskommt, oder sogar gänzlich auf militärische Sicherheit verzichtet." *[Mit dem Konzept „Sicherheit neu denken" ist das bereits gegeben!!!]*

Dass diese Fachleute die dritte Alternative für erwähnenswert halten, ist immerhin erfreulich und bemerkenswert. Sie begründen ihr Plädoyer für eine enge Absprache mit den Nato-Mitgliedstaaten so: „Genau aus einem ethischen Argument sollte Deutschland sich zumuten, die Nuklearpolitik der Nato mitzubestimmen, und damit die Sicherheit Deutschlands und Europas, bis verlässliche Alternativen entwickelt sind: Wer, wenn nicht Deutschland, kann die Verantwortung für diese Waffen übernehmen?" Ich meine, die Verantwortung für diese sogenannten Waffen, deren Einsatz keinem vertretbaren Zweck zugeordnet werden kann, kann kein Mensch übernehmen; in dieser Formulierung äußert sich eine Hybris, welche die ganze Debatte prägt.

Wenn man sich diese Überlegungen und die zugehörigen Prämissen vergegenwärtigt, kommt man, scheint mir, nicht an der Erkenntnis vorbei, dass dieser Teil der Politik sich vernünftig in einem letztlich irrationalen Ganzen zu bewegen versucht. In einer solchen Welt haben Begriffe wie Sicherheit, Verantwortung, Verteidigung eine seltsame Bedeutung. Dieses Ganze, diese internationale Staatenwelt erinnert mich an eine Figur aus einer Erzählung von Joseph Conrad. Erzählt wird von einem Mann, der, einen Sprengsatz in der Tasche, sich mächtig und unangreifbar fühlt, weil er jederzeit sich und andere umbringen kann. Mit dem Unterschied, dass es dort um das Überleben der Menschheit geht.

Auf der Internetseite des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) https://ifsh.de/ finden sich weitere lesenswerte Beiträge zu diesem Thema; einer mit dem Titel „Wie Deutschland atomwaffenfrei werden kann und die Sicherheit Europas dabei noch gestärkt wird".

Bodensee-Friedensweg 2019 in Konstanz

Aus dem Verein: Beteiligung an einer Plakataktion zum Gedenken an die ersten Atomwaffenabwürfe

Diese Aktion fand um das Datum herum statt, als die Bomben vor 75 Jahren auf Japanische Städte fielen. Um an das Grauen von Hiroshima und Nagasaki vor 75 Jahren zu erinnern, hat eine Plakatfirma deutschlandweit 150 Flächen zum Selbst-kostenpreis an NGOs und Friedens-gruppen vermietet. Die Friedensregion hat sich in Konstanz, Radolfzell, Friedrichshafen und Lindau an der Aktion beteiligt, die eben auch daran erinnern soll, dass Deutschland den Atomwaffenverbotsvertrag bisher nicht unter-zeichnet hat. Würde sich unsere Regierung daranhalten, dann müssten sich Überlegungen um Konzepte wie die „Nukleare Teilhabe“ eigentlich per se verbieten.

Foto aus Konstanz von H. Lutz

Foto aus Radolfzell von H. Schuster

Fotos aus Lindau von F. Fahrbach

Unten: Mitglieder des Arbeitskreises sind den Lindauer Friedensweg mit 10 Stationen von der Lindauer Insel nach Bad Schachen abgelaufen und haben anschließend die Ausstellung in den friedens räumen besucht, wo das Foto entstanden ist.)

Aus dem Verein: Sicherheit neu denken – Resiliente Demokratie

(Beitrag von Jürgen Dornis, engagiert im Arbeitskreis)

Resilienz (von *lat. resilire*= zurückspringen, abprallen) meint KRISENBEWÄLTIGUNG DURCH MOBILISIERUNG VON WIDERSTANDSKRÄFTEN.

Für die VOLKSHERRSCHAFT (Demokratie) genügt es dabei nicht, wenn nur die Regierung oder staatliche Organe Resilienz zeigen (am Ende noch gegenüber der Kritik des Volkes). Vielmehr muss die Bevölkerung in Form der Zivilgesellschaft selbst für die Demokratie einstehen, darf Verantwortung gerade nicht an Regierung oder Staatsorgane delegieren und sich selbst auf den Beobachterposten zurückziehen – sie hat teil an der Verantwortung und nimmt diese auch wahr: alle Macht geht vom Volke aus.

> Unter **„resilienter Demokratie“** versteht das Szenario damit „die nachhaltige Stärkung der strukturellen zivilen **Widerstandsfähigkeit** unserer **Zivilgesellschaft** und unseres demokratischen Staates gegen Freiheitseinschränkungen von innen und außen.“ (Sicherheit neu denken, S.73)

Die im Schaubild zur 4. Säule des Szenarios genannten Bausteine zeigen deutlich, dass bei diesen Aufgaben staatliche Gewalt(enteilung) und Zivilgesellschaft gleichermaßen gefordert sind:

- **Friedensbildung**
- **Zivile Krisenprävention**
- **Zivile Friedensdienste**
- **Einüben von zivilem Widerstand**
- **Mediationszentren und**
- **Resilienz gegen Terror**

Die Begrifflichkeiten der o.g. Bausteine haben die Verfasser des Szenarios im ausführlich beschreibenden Text (o.g. Buch) verändert bzw. konkretisiert; wir müssen uns bei der näheren Betrachtung also teilweise auf neue Begriffe einstellen:

ZIVILE/KONSTRUKTIVE KONFLIKTBEARBEITUNG geht vom PRINZIP DER GEMEINSAMEN SICHERHEIT aus: Sicherheit vor Gewaltanwendung wird NICHT durch eigene sogenannte Gegen-Gewalt bzw. die Drohung damit erreicht, sondern durch Deeskalation und Streitbeilegung: *peacekeeping.* Dabei wird auch das Sicherheitsinteresse des Gegenübers anerkannt. Entscheidend ist dabei eine möglichst frühe und konstruktive Einflussnahme auf Gewaltdynamiken und Konflikte, also Krisenprävention, *peacemaking*. Nach der Entschärfung des Konflikts müssen die eigentlichen Ursachen und auch die Folgen des Konflikts bearbeitet werden: die Versöhnungsarbeit oder *peacebuilding.* Diese zivile Konfliktbearbeitung muss in „flächendeckende(r) Kompetenz“ erfolgen: Sie ist (bis zum Jahr 2040) Bestandteil schulischer Lehrpläne, und sie ist eine auf allen gesellschaftlichen Ebenen von Familie und peergroup bis zu Nationalstaaten und Bündnissen jederzeit verfügbare Kulturtechnik. Um „konfliktsensibel“ zu werden, ist zudem ein globales Monitoring gefragt. Durch den Verzicht auf militärische Gewalt stehen für diese Aufgaben auch ausreichende Mittel bereit. (Nach den Debakeln in Afghanistan, Syrien, Irak, Libyen… könnte sogar die NATO, wo die Bundesrepublik als Mitglied im zivilen Bündnis verbleiben soll, Interesse an diesen neuen Kompetenzen Deutschlands zeigen.)

Die NICHT-MILITÄRISCHE KONFLIKTKULTUR muss nicht nur die gesamte Gesellschaft durchdringen, sie muss auch weiterentwickelt, erforscht werden. Im Zuge dieser Professionalisierung werden Mittel für neue Lehrstühle bereitgestellt, Fachverbände gegründet, private und öffentliche Stiftungen ins Leben gerufen. Mit der maßgeblichen Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen steigt auch deren Erfolgschance.

Ein wichtiges Instrument dieser nichtmilitärischen Konfliktkultur sind MEDIATIONSZENTREN für potentiell gewaltsame inter- und intragesellschaftliche Konflikte, die allen UN-Mitgliedsländern offenstehen. Der Aufbau von Friedensakademien, Ausbildung und Einsatz von

Friedensfachkräften zur Konflikttransformation und friedensbezogene Sozialarbeit werden vorangetrieben und nachhaltig finanziert.

Im Rahmen einer GEMEINSAMEn SICHERHEITSPOLITIK wird das Außen-ministerium ein Zentrum der *vorsorgenden Diplomatie.* (Schon 1992 hat das Verteidigungsministerium erkannt, dass zu den Risiken für die Sicherheit Deutschlands auch das globale Wohlstands- und Entwicklungsgefälle gehört und dass solche Risiken „aufgrund ihres Ursachencharakters nicht militärisch lösbar“ sind. Aber wie wenig ist in den beinahe 30 Jahren seither geschehen?!) Die geplante Einsparung der bisherigen Militärausgaben ermöglichen eine wirksame Bekämpfung der Fluchtursachen, Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit EZ, der Zivilen Friedensdienste ZFD, des Zivilen Peacekeepings ZPK und internationaler Organisationen wie UN und OSZE.Durch gemeinsame zivile Sicherheitspolitik wird eine (schon jetzt unwahrscheinliche) militärische Freiheitsbedrohung von außen noch unwahrscheinlicher, aber die AUSBILDUNG ZUM SOZIALEN WIDERSTAND richtet sich gleichermaßen auch gegen eine mögliche Bedrohung von innen. Kooperationsverweigerung und gewaltloser Widerstand vieler BürgerInnen gegen den Aggressor sind Grundideen des sozialen Widerstands, die weltweit vielfach erfolgreich praktiziert wurden. Eine resiliente Demokratie ist keineswegs wehrlos gegen Verbrechen, Gewalt oder Terror; eine gut ausgestattete und nach den Prinzipien der Friedenslogik arbeitende Justiz und Polizei fungieren weiterhin als Säulen der inneren Sicherheit. Der Aufbau dieser resilienten Demokratie wird permanent evaluiert, ab 2040 soll ein Ministerium für resiliente Demokratie eingerichtet werden.

Buchbesprechung: Das Märchen vom Grünen Wachstum (von Martina Heise, Unterstützerin der Friedensregion e.V.)

»Klimaschutz ist eine Menschheitsaufgabe, und uns fällt nichts anderes ein als Marktlösungen.«

Äußerst treffsicher hat der Ökonom Elmar Altvater unsere hilflose Reaktion auf die wohl größte Herausforderung unserer Zeit formuliert. Denn nicht nur die etablierte Politik, auch ein Großteil der Ökoszene setzt auf ein routiniertes »Weiter so«. Mithilfe erneuerbarer Energien und stetiger Innovation soll unsere Wirtschaft immer weiterwachsen – ökologisch nachhaltig natürlich.
Der Ökosozialist Bruno Kern entlarvt diese Illusion gründlich. Dabei stellt er nicht nur den Kapitalismus mit seinen eingeschriebenen Verwertungszwängen infrage, sondern die Industriegesellschaft selbst! Industrielle Abrüstung ist das Gebot der Stunde; weniger Verbrauch statt Profit um jeden Preis. Das weit verbreitete Märchen vom »grünen Wachstum«, das uns einreden will, es gäbe eine »Entkoppelung« von Wirtschaftswachstum und Ressourcen- bzw. Energieverbrauch, dient letztlich nur dem Zweck, der eigentlichen politischen Herausforderung auszuweichen. Nämlich der Frage: Wie schaffen wir eine solidarische Gesellschaft, die bereit ist, mit wesentlich weniger materiellen Ressourcen auszukommen? Warum es einen Systemwechsel braucht. Jetzt.

EAN (ISBN-13): 9783858698476, ISBN (ISBN-10): 3858698474 TB, Rotpunktverlag 2019

Unbedingt zu empfehlen ist auch der Film: B. Kern: Video Rückschau aus dem Jahr 2030: https://www.youtube.com/watch?v=QC6I66FNTmE

Links

Bisher hat im Deutschen Bundestag allein die DIE LINKE einen echten friedenspolitischen Kurs vertreten. Leider scheint sie aktuell davon abzurücken, so dass Aktive in der Friedensbewegung einen Aufruf verfasst und die politischen Zusammenhänge ausführlich aufgearbeitet haben. Alles ist im Internet transparent dargestellt! Bitte beteiligen auch Sie sich: https://frieden-links.de/aufruf/

Die Abhängigkeit des Weltklimas vom Weltfrieden erörtert Frieder Fahrbach am 27.09. (s. Termine) Dazu wurde gerade von den Vereinen „Mehr Demokratie“ und „Bürger-Begehren“ ein Buch herausgegeben, das die wichtigsten Fakten zu diesem Themenkomplex erläutert. Eine Zusammenfassung des Buches finden Sie unter folgendem Link:
https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/img/2020/2020-09-03_Presseinfo_Handbuch_Klimaschutz.pdf

Einen Beitrag der Bundeszentrale für politische Bildung möchten wir Ihnen gerne empfehlen, weil die Ursachen des Klimawandels insbesondere von den Ländern des reichen Nordens verursacht werden. In etlichen politischen Diskussion der AfD, der Reichsbürger und anderen ewig Gestrigen werden diese Zusammenhänge oftmals verleugnet oder angezweifelt. Auch die Corona-Krise hat deutlich gezeigt, dass viele Bürgerinnen und Bürger sich schwer damit tun, Fakten und Meinungen deutlich zu unterscheiden. Das gilt natürlich genauso für den Klima-Wandel und seine Verursacher:
https://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/klimawandel/38474/industrie-und-entwicklungslaender

Mit einem aktuellen Text von Seán McGinley (Flüchtlingsrat Baden-Württemberg) möchten wir wieder auf die Flüchtlingsproblematik hinweisen. Vor 5 Jahren hat Angela Merkel mit ihrem moralischen Appell „Wir schaffen das“ ein positives Narrativ erzeugt, das keinesfalls uneingeschränkt Gültigkeit beanspruchen kann. Seit Corona und steigenden Fallzahlen jetzt auch im Lager Moria darf durchaus angezweifelt werden, dass „Wir“ das tatsächlich schaffen:
https://www.kontextwochenzeitung.de/debatte/492/wer-ist-wir-6962.html

Zur Situation auf Lesbos: Wir veröffentlichen hier vollumfänglich das Interview mit Claus Kittsteiner zur Situation in Moria, das auch im Südkurier- gekürzt - erschienen ist:
https://clauskittsteiner.wordpress.com/2020/09/07/fluchtlinge/ Dass sich die Ereignisse mit dem Brand im Lager und dessen vollständiger Zerstörung überschlagen, bedarf keiner expliziten Erwähnung. Über Spenden an seine Hilfsorganisation wird sich Claus Kittsteiner sicherlich freuen! Deshalb hier nochmals die Kontodaten mit der ausdrücklichen Bitte um einen Spendenbeitrag:
GLS-Bank, DE31430609671175774605
BIC: GENO DE M 1 GLS
Kto.-Inhaber: Respekt für Griechenland e.V.
Kontakt: Claus.Kittsteiner[at]gmx.de

Wir alle können bei unseren täglichen Einkäufen darauf achten, dass die von uns erworbenen Waren nachhaltig, ökologisch und fair produziert und hergestellt werden. Hinsichtlich der in Brasilien produzierten Waren haben einige Supermärkte bereist einen Boykott beschlossen, um gegen die Abholzung des Regenwaldes zu protestieren. Bei der folgenden Cam pact-Aktion geht es darum, auch Edeka, Lidl und Aldi-Nord davon zu überzeugen, aus dem von Bolsonaro regierten Land keine Waren und Rohstoffe mehr zu importieren:
https://aktion.campact.de/bolsonaro-boykott/appell/teilnehmen?utm_medium=recommendation&utm_source=rec-um&utm_term=rec-email

Anlässlich des 01.09.2020 hat das ZDF einen Beitrag veröffentlicht, in dem es um das Deutsche Glück geht, das aus einem 75 Jahre andauernden Frieden resultiert. Wir sollten alle unbedingt zur Kenntnis nehmen, dass es überaus wichtig und notwendig ist, uns in der Friedensbewegung hier am Bodensee zu engagieren.
https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/75-jahre-frieden-100.html
Gleichzeitig hat das ZDF auch noch einen Beitrag veröffentlicht, der sich um die Fragilität unseres Status quo bemüht. Wir leben in einem Spannungsfeld, das viele unserer Zeitgenossen leider nicht wahrhaben wollen. Umso wichtiger ist deshalb unsere Arbeit. Lesen sie auch den Beitrag des ZDF zum 01.09. und lassen Sie die Zahlen auf sich wirken:
https://www.zdf.de/nachrichten/politik/antikriegstag-100.html

Auf einen lesenswerten Beitrag von Andreas Zumach führt Sie dieser Link. Dass sich seit 2002 bereits 123 Staaten zu einem Internationalen Strafgerichtshof bekennen und dessen so wichtige Arbeit finanziell unterstützen, hält Trump nichts davon ab, die von den USA zugesicherten Mittel aktuell zu kürzen.
https://www.infosperber.ch/Artikel/Politik/Kritik-an-US-Sanktionen-gegen-Internationalen-Strafgerichtshof

Termine

September 2020: Antikriegstag des DGB seit 1957/1966; Friedrichshafen, Veranstalter: VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten), DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund), FRB (Friedensregion Bodensee)

19. September 2020: **UN-Weltfriedenstag in St. Gallen**. Veranstalter: Frieden-Ostschweiz

21. September 2020: Kunstinstallation „Waffenthron“ Lindau. Friedens räume/ Friedensregion Bodensee – am Lindauer Hafen, 11 – 14 Uhr

17./18. Oktober 2020: Tagung Lebenshaus Schwäbische Alb, Gammertingen
https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/aktionen/013039.html

8. – 18. November 2020: Ökumenische Friedensdekade: Umkehr zum Frieden, Überlingen

24./25. November 2020: ‚Sicherheit neu denken‘. Ralf Becker. Friedensregion, Überlingen

25. November 2020: Oberschwäbische Friedenswochen Ravensburg: Sicherheit neu denken. Ralf Becker. 19.30 Uhr im Gemeindehaus Dreifaltigkeit in der Weststadt. **Pax Christi RV/ Friedensregion Bodensee e.V.**

Lindau: jeden Freitag von 18:00 – 18:30 Uhr: Schweigen für Klimaschutz, Frieden und Gerechtigkeit vor dem Alten Rathaus. Die Teilnahme ist für jedeN möglich.

In den 80er Jahren schwiegen und meditierten Menschen als stillen Protest gegen den NATO-Doppelbeschusses im **Schweigekreis für Frieden und Abrüstung am alten Rathaus in Lindau**. Als dauerhaftes Zeichen erinnert seit damals ein in das Pflaster eingelassener Stein mit den Friedenszeichen an das Geschehen - ein Kreis mit drei Strichen, die Kombination zweier Zeichen aus dem Winkeralphabet, N für nuclear (deutsch: „nuklear“) und D für disarmament (deutsch: „Abrüstung“), sowie die Friedenstaube und die Jahreszahl 1985. Nach dem Fall der Mauer, der Wiedervereinigung und der Auflösung der Sowjetunion, gerieten Atomwaffen und Krieg in Vergessenheit und das Interesse am Schweigekreis erlosch. Doch wie wir alle wissen, führten wir schon damals Krieg gegen die Erde und unsere Existenz. Dieser Krieg droht mittlerweile zu eskalieren und die Lebensgrundlage kommender Generationen, unserer Kinder und Enkel, zu vernichten. Jetzt nach fast 35 Jahren schweigen und meditieren **jeden Freitag von 18:00 bis 18:30 Uhr bei jedem Wetter Menschen an der gleichen Stelle** wie vor 35 Jahren auf dem Rathausplatz **für Klimaschutz, Frieden und Gerechtigkeit** als unmittelbar zusammen-hängende Einheit. (Text von Steffen Riedel aus Lindau)

Überlingen: Schweigen für den Frieden. Jeden 1. Montag im Monat am Mantelhafen. Friedenskreis Überlingen.

Monatliche Termine 2020 des Arbeitskreises Friedensregion: 15.10.20, 16.11.20, 10.12.20 jeweils in Überlingen, Paul-Gerhardt-Haus, Jasminweg 19, um 16:00 Uhr. Gäste und InteressentInnen sind willkommen - bitte bei christian.s.harms@gmx.de anmelden

Führungen im **Goldbacher Stollen**, Überlingen (nach Vereinbarung: O. Burger, oswald.burger@gmx.de)

NEU: Vernetzung der Friedens- und der Klimabewegung - Klima-Café am Bodensee Am 27. September von 14:30 - 16:30 Uhr "Klima-Frieden-Bodensee" - mit einem Impuls-Vortrag von Frieder Fahrbach aus Lindau, Systemische Therapeut und Aktivist der Friedensregion Bodensee e.V. Ort: „HIER & JETZT", Bahnhofstr. 21, 88048 Friedrichshafen-Kluftern. Wir bitten um vorherige Anmeldung:
bodensee@psychologistsforfuture.org
Die Einladung richtet sich an **Psych4F, FFF, PFF, XR, Presse, TherapeutInnen/Psycholog*innen der Landkreise Bodensee FN, RV, KN, LI u.a.**

Zu guter Letzt: Bitte beteiligen Sie sich am 17. September auch an folgender Aktion gegen Lichtverschmutzung, die der BUND Naturschutz in Bayern ebenfalls unterstützt, **Licht aus ab 22 Uhr am Donnerstag, 17.9.2020!**

In Eigener Sache: Wir distanzieren uns

Für den 03.10. ist eine Menschenkette um den Bodensee geplant, die für ein friedliches Miteinander stehen soll. Ebenfalls zu diesem Datum wurde in Konstanz eine Demonstration von Querdenken 711 angemeldet. Auf unserer Facebook-Seite sind beide Veranstaltungen miteinander vermischt worden.

Wohin es führt, wenn unterschiedliche Sichtweisen unkritisch gleichgesetzt werden, hat vor kurzem die Demonstration in Berlin bewiesen. Wir weisen deshalb auf das Magazin MONITOR hin, in dem Georg Reste mit Michael Ballweg, dem Demo-Veranstalter, ein Interview führt. Wir empfehlen die Sendung ausdrücklich und distanzieren uns von Querdenkern, Nazis, Reichsbürgern und anderen ewig Gestrigen. https://m.youtube.com/watch?feature=youtu.be&v=cbhCvWCHfo0 Zum Interview: https://www.ardmediathek.de/daserste/video/monitor/corona-proteste-rechts-oder-naiv/das-erste/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLWMxNjI3ODIwLTVlNmUtNDg0Ni04OTdhLTA4ZDJhZmM3OTIyNQ/

Impressum

Der Newsletter wird herausgegeben von der Friedensregion Bodensee e.V., Friedensreferentin Martina Knappert-Hiese, M.A. Altmannweg 8, 88079 Kressbronn Mail: friedensregion-bodensee@posteo.de

Telefon und Webseite: 07543/547343 https://www.friedensregion-bodensee.de/

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine Mail an die oben angegebene Adresse.

Anregungen und Kritik sind gleichermaßen willkommen. Wir verweisen auf die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) auf unserer Homepage. Ihre Mailadresse verwenden wir ausschließlich zum internen Gebrauch.